

## „Türkische Staatsführung zur Umkehr bewegen“

Richterbund wendet sich mit offenem Brief an Merkel und Juncker

Berlin. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes Jens Gnisa hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem [offenen Brief](#) dazu aufgefordert, sich stärker für Richter und Staatsanwälte in der Türkei einzusetzen. Gnisa appelliert an die Bundesregierung, die türkische Staatsführung „mit allen ihr zu Gebote stehenden politischen Mitteln zu einer Umkehr zu bewegen und auf den Weg des Rechtsstaates zurückzuführen“. Insbesondere müsse sich die Bundesregierung nachdrücklich dafür einsetzen, dass die entlassenen und verhafteten türkischen Kollegen unverzüglich wieder in ihre Ämter zurückkehrten und ihre Vermögen unangetastet blieben. Zudem sollten die im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen vereinbarten Milliardenhilfen für die Türkei ausgesetzt werden, solange das Land sich der EU nicht annähere, sondern europäische Grundwerte negiere, heißt es in dem Brief weiter. Ein gleichlautendes Schreiben ist auch an den Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker gegangen.


Der DRB hat in den vergangenen Wochen mehrfach öffentlich eine konsequente Haltung der Bundesregierung gegenüber der Türkei angesichts des Vorgehens der Staatsführung in Ankara gegen die Justiz gefordert. Wenige Tage nach dem Putschversuch warnten der DRB und der Deutsche Anwaltverein in einer [gemeinsamen Erklärung](#) vor einer unumkehrbaren Erosion des Rechtsstaates in der Türkei. Sie verlangten von der Bundesregierung und der EU-Kommission, die Unabhängigkeit von Justiz und Rechtspflege in der Türkei offensiv einzufordern und sicherzustellen, dass jede weitere Kooperation mit der Türkei nur erfolge, wenn dort rechtsstaatliche Verhältnisse wiederhergestellt würden. Erstmals hat der DRB sich zudem gemeinsam mit dem Deutschen Hochschulverband, dem Deutschen Journalisten-Verband und dem Deutschen Anwaltverein in einem [Gastbeitrag in der Zeitung „Die Welt“](#) an die Öffentlichkeit gewandt, um auf die unzumutbare Situation für Juristen, Wissenschaftler und Journalisten in der Türkei aufmerksam zu machen. Die vier Berufsverbände betonen, es müsse

---

klargestellt werden, „dass kritisches oder oppositionelles Denken kein Verbrechen ist“.

Mehrere Radiosender, darunter der Deutschlandfunk und NDR Info, die großen Nachrichtenagenturen dpa und AFP sowie die Tagespresse haben die Forderungen des DRB wiederholt aufgegriffen. DRB-Vorsitzender Gnisa betonte dabei auch, die deutsche Justiz werde türkische Staatsbürger nicht auf bloßen Zuruf der türkischen Regierung ausliefern. Etwaige Auslieferungsersuchen würden nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geprüft. Das „grob rechtsstaatswidrige Vorgehen der Türkei gegen ihre Richter, Staatsanwälte und andere Bürger“ werde Deutschland jedoch „sicher nicht unterstützen“, sagte er der Nachrichtenagentur AFP.

Staatspräsident Erdogan missbraucht offensichtlich den Mitte Juli gescheiterten Putschversuch, um systematisch Richter und Staatsanwälte aus der Justiz des Landes zu entfernen und durch parteinahe Juristen zu ersetzen. Es handelt sich bei den Verhafteten auch um Mitglieder der – inzwischen von der Regierung zerschlagenen – unabhängigen türkischen Richtervereinigung Yarsav, deren Integrität und Engagement für den Rechtsstaat außer Zweifel stehen. Viele von ihnen sind dem DRB über eine langjährige Zusammenarbeit in der Europäischen Richtervereinigung bekannt. Der DRB wird die Ereignisse in der Türkei weiterhin eng begleiten und die türkischen Juristen, die sich für eine rechtsstaatliche Justiz einsetzen, im Schulterschluss mit den internationalen Richterverbänden nach Kräften unterstützen.

Auch den Europarat sehen Richter und Staatsanwälte aus aller Welt in der Pflicht, sich für Rechtsstaatlichkeit in der Türkei einzusetzen. Der Schweizer Bundesrichter Thomas Stadelmann hat eine [Online-Petition](#) an den Europarat initiiert, die von der Internationalen Richtervereinigung unterstützt wird. Mehrere tausend Unterzeichner haben den Europarat inzwischen aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass unrechtmäßig inhaftierte Richter und Staatsanwälte in der Türkei freigelassen werden. 

---

Redaktion: Annelie Kaufmann, Sven Rebehn  
Mitarbeit: Konstantin Hoffmann

[Newsletter Archiv](#)

© Deutscher Richterbund

Deutscher Richterbund e.V.  
Haus des Rechts  
Kronenstraße 73  
10117 Berlin  
Tel. 030-20 61 25-0  
Fax 030-20 61 25-25  
[info@drb.de](mailto:info@drb.de)  
[www.drb.de](http://www.drb.de)